



Helfen ja,
aber doch
nicht so!

NEIN

zur Unternehmens-
Verantwortungs-Initiative

AARGAUER KOMITEE

WIRTSCHAFTSPOLITIK • VOLKSABSTIMMUNG

Telefon 062 837 18 32
info@aargauerkomitee.ch
www.aargauerkomitee.ch

AARGAUER KOMITEE · Postfach 2128 · 5001 Aarau

Medienmitteilung vom 29. November 2020

NEIN zur Unternehmens-Verantwortungs-Initiative ebnet den Weg für den sinnvollen Gegenvorschlag.

Das Aargauer Komitee ist sehr erfreut über das NEIN der Schweizer Bevölkerung zur Unternehmens-Verantwortungs-Initiative. Damit werden weder die Schweizer Wirtschaft noch Arbeitsplätze unnötig gefährdet. Gleichzeitig wird mit der Ablehnung der Initiative der Weg frei für den zielführenden Gegenvorschlag.

Der Abstimmungskampf um die Unternehmens-Verantwortungs-Initiative (UVI) blieb bis zum Schluss spannend. Schlussendlich wurde die Initiative von den Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger abgelehnt und damit ein regulatorischer Alleingang der Schweiz auf Kosten der hier ansässigen Unternehmen verhindert.

Mit dem heutigen Nein zur UVI ist nun der Weg frei für den breit abgestützten indirekten Gegenvorschlag. Damit werden bisher freiwillig wahrgenommene Massnahmen im Bereich Unternehmensverantwortung für Schweizer Unternehmen gesetzlich verankert. So sieht der Gegenvorschlag unter anderem eine umfassende Rechenschaftspflicht vor. Betroffene Unternehmen haben fortan über Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange sowie die Achtung der Menschenrechte und die Bekämpfung der Korruption Bericht zu erstatten respektive Rechenschaft abzulegen. Hinzu kommt eine spezifische Überwachungs- und Kontrollpflicht (sogenannte Sorgfaltsprüfungspflicht) im Bereich Kinderarbeit und Konfliktmineralien. Falls die Verantwortlichen (also Verwaltungsräte) gegen die neu geschaffenen Pflichten verstossen, werden diese sogar persönlich strafrechtlich belangt. Mit dem Gegenvorschlag erhält die Schweiz eine der modernsten und strengsten Regulierungen im Bereich Unternehmensverantwortung. Anders als die Initiative ist der Gegenvorschlag international abgestimmt und setzt Schweizer Unternehmen keinen erpresserischen Klagen aus.

Beat Bechtold, Direktor der AIHK, zeigt sich erfreut über die Weitsicht der Schweizer Stimmbevölkerung: «Nun gilt es auf politischer Ebene dafür zu sorgen, dass der Gegenvorschlag und die vom Bundesrat noch zu erlassenden Verordnungen schnellstmöglich in Kraft treten können.»

Für weitere Auskünfte steht Ihnen Beat Bechtold, Direktor AIHK (Telefon 062 837 18 01, E-Mail: beat.bechtold@aihk.ch), gerne zur Verfügung.

Co-Präsidium: (Stand: 29. November 2020)

Marianne Binder-Keller, Präsidentin CVP Aargau
Thierry Burkart, Ständerat FDP
Peter Gehler, Präsident Wirtschaft Region Zofingen (WRZ)
Lukas Pfisterer, Präsident FDP.Die Liberalen Aargau
Marianne Wildi, Präsidentin AIHK

Thomas Burgherr, Nationalrat SVP
Renate Gautschy, Präs. Gemeindeammännerversammlung
Hansjörg Knecht, Ständerat SVP
Robin Rösli, Präsident jungfreisinnige Aargau

Neben den Mitgliedern des Co-Präsidiums haben sich dem breit abgestützten Aargauer Komitee «NEIN zur Unternehmens-Verantwortungs-Initiative» total 73 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wirtschaft angeschlossen.